

Antrag 134/I/2018**KDV Mitte****Der Landesparteitag möge beschließen:****Der Bundesparteitag möge beschließen:****Empfehlung der Antragskommission****Annahme (Konsens)****Kinder schützen und Eltern besser informieren: Impfpflicht in Deutschland einführen!**

1 Die SPD verschreibt sich dem Ziel, gefährliche und/oder
2 ansteckende Krankheiten, wie zum Beispiel Masern, Röteln
3 und Keuchhusten in Deutschland zu eliminieren.
4 Hierzu unterstützt die SPD umfassende Maßnahmen, die
5 dazu geeignet sind, die Impfquoten gemäß der Empfeh-
6 lung der Ständigen Impfkommision(STIKO) zu erhöhen.

7

1.

9 Die SPD setzt sich für die Einführung einer Impfpflicht für
10 Kinder zur Prävention besonders schwerer und/oder an-
11 steckender Krankheiten ein. Die Impfpflicht soll die aktuell
12 von der STIKO empfohlenen Impfungen umfassen. In der
13 abschließenden Liste enthalten sind folgende Krankhei-
14 ten: Tetanus (Wundstarrkrampf), Diphtherie (Bräune), Per-
15 tussis (Keuchhusten), Poliomyelitis (Kinderlähmung), He-
16 patitis B, Masern, Mumps, Röteln, Hib (Haemophilus in-
17 fluenzae Typ b), Varizellen (Windpocken), Meningokokken,
18 Pneumokokken, Rotaviren und HPV (Humane Papilloma-
19 viren).

20

21 Die Bundestagsfraktion wird aufgefordert, einen Gesetz-
22 entwurf zu erarbeiten, der

23 a) die STIKO am Robert-Koch-Institut (RKI) in Berlin beauf-
24 tragt, regelmäßig Vorschläge für die Anpassung der Lis-
25 te schwerer vermeidbarer Erkrankungen zu erstellen und
26 die Bundesregierung entsprechend zu beraten. Die Ergän-
27 zung der oben genannten Liste impfpflichtiger Krankhei-
28 ten bedarf der Gesetzesform.

29 b) ein wirksames mehrstufiges Sanktionierungsverfahren
30 – wie z.B. bei der Durchsetzung der Schulpflicht – enthält.
31 Um ein wirksames und durchsetzungsfähiges mehrstu-
32 figes Sanktionierungsverfahren aufzubauen, soll geprüft
33 werden, ob neben der Einführung eines Bußgeldtatbe-
34 stands bei Impfverweigerung bestimmte Leistungen und
35 Angebote des Bundes, der Länder und der Kommunen mit
36 dem Nachweis der Impfungen gemäß der STIKO verknüpft
37 werden können.

38

2.

40 Die sozialdemokratischen Mitglieder der Regierung und
41 der SPD-Bundestagsfraktion werden aufgefordert, die nö-
42 tigen Voraussetzungen zu schaffen, um den Zugang zu
43 Impfungen möglichst einfach zu gestalten. Die sozialde-
44 mokratischen Mitglieder von Landesregierungen werden
45 aufgefordert, im Rahmen ihrer Zuständigkeiten entspre-
46 chend zu handeln.

47

48 Hierzu zählt u.a.:

49 a) Eine gezielte Kampagne der Bundeszentrale für Ge-
50 sundheitliche Aufklärung soll die Internetpräsenz von ein-
51 fach verständlichen, wissenschaftlich fundierten Infor-
52 mationen zu Impfungen erhöhen. Analog zur Broschüre
53 zum Plötzlichen Kindstod sollen in Krankenhäusern bei
54 der U2 Informationen zu Impfungen verteilt werden.

55 b) Ein Erinnerungssystem soll eingeführt bzw. bestehende
56 Systeme ausgebaut werden, um sowohl an Erst- als auch
57 an Auffrischungsimpfungen flächendeckend zu erinnern.

58 c) Fehlende Impfungen sollen im Rahmen der Schul-
59 eingangsuntersuchungen durch die Gesundheitsämter
60 nachgeholt werden.

61 d) Um die Impfquote in allen Altersklassen zu erhö-
62 hen, soll geprüft werden, ob Impfungen fachübergreifend
63 durch Ärzt*innen durchgeführt und abgerechnet werden
64 können zum Beispiel bei Impfungen der Eltern durch Kin-
65 derärzt*innen.

66 e) Die bezirklichen öffentlichen Gesundheitsdienste
67 (ÖGD) sind finanziell so auszustatten, dass es ihnen
68 ermöglicht wird, bei schwer erreichbaren Bevölkerungs-
69 gruppen, eine aufsuchende Impfberatung durchführen
70 zu können.

71 Begründung

72

73

74 **Begründung**

75 Als Sozialdemokratie ist es unsere Aufgabe, für die
76 Schwächsten der Gesellschaft einzustehen. Kinder sind ei-
77 ne besonders sensible Gruppe. Sie können sich noch nicht
78 selbstständig vor Krankheiten schützen. Es ist deshalb ei-
79 ne gesamtgesellschaftliche Aufgabe, Eltern in Bezug auf
80 die Gesundheit ihrer Kinder möglichst umfassend zu in-
81 formieren und Kinder vor Krankheiten zu schützen.

82

83 Trotz der Verfügbarkeit wirksamer Impfstoffe treten ge-
84 fährliche Krankheiten wie Masern oder Keuchhusten in
85 Deutschland immer wieder auf. Schwere Komplikationen
86 zum Teil mit Todesfolge können die Folge sein. Impf-
87 verweigerer gehen nicht nur für ihre eigenen, sondern
88 auch für andere Kinder ein hohes Risiko ein und ge-
89 fährden die Gesundheit aller. Die Ständige Impfkommis-
90 sion am Robert-Koch-Institut in Berlin warnt deshalb,
91 dass Deutschland beim Impfschutz immense Rückschrit-
92 te zu verzeichnen hat. In den letzten Jahren traten zwei
93 Drittel aller europäischen Masernfälle in Deutschland
94 auf. Bei Ausbrüchen dieser und anderer „Kinderkrankhei-
95 ten“ mussten allein 2017 in mehreren Fällen Kindergär-
96 ten, Schulen und Berufsschulen vorübergehend geschlos-
97 sen werden. Längst ausgestorbene Krankheiten gefähr-
98 den plötzlich wieder unsere Gesellschaft.

99

100 Um ungeimpfte Säuglinge sowie Menschen, die aus me-

101 dizinischen Gründen nicht geimpft werden können, zu
102 schützen, ist ein Herdenschutz mit einer Impfquote von
103 mindestens 95 Prozent vonnöten. Um dies sicherzustellen,
104 müssen nicht nur Eltern, sondern alle Erwachsenen
105 mit nichtausreichendem Impfschutz erreicht werden.

106

107 Mangelnde Information und daraus resultierende Verunsicherung von Eltern ist ein wesentlicher Grund für Eltern, ihre Kinder nicht impfen zu lassen. Ein weiterer Grund ist das Verpassen von Folgeimpfungen. Oben vorgeschlagene Maßnahmen sollen dem entgegenwirken.

112

113 Aber auch nach umfassenderen Aufklärungsmaßnahmen wird es weiterhin Menschen geben, die sich dem Impfen grundsätzlich verweigern und die dadurch nicht nur sich selbst bzw. ihre Kinder gefährden. Dieser Gefährdung kann nur mit konsequenten Maßnahmen wie der Einführung einer allgemeinen Impfpflicht mit geeigneten Sanktionierungsmaßnahmen begegnet werden, wie zum Beispiel in Italien, Frankreich und Australien.

121

122 Eine umfassendere Aufklärung, aufsuchende Beratung und die Einführung einer Impfpflicht für besonders schwere und/oder ansteckende Erkrankungen können zum Schutz der Schwächsten in unserer Gesellschaft beitragen.